

Zwischen Unabhängigkeit und Sachzwang

Die Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen
im Umgang mit Abhängigkeit

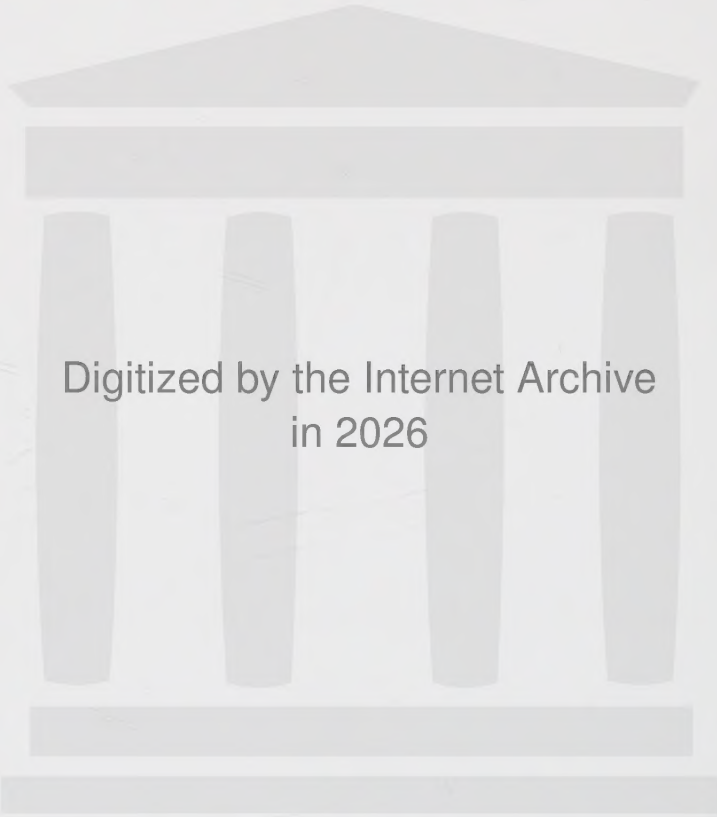
Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

André P. Jaeggi
von Bern (BE)

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Daniel Frei

Verlag Paul Haupt Bern 1983



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Zwischen Unabhängigkeit und Sachzwang

Die Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen
im Umgang mit Abhängigkeit

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

André P. Jaeggi
von Bern (BE)

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Daniel Frei

Verlag Paul Haupt Bern 1983



Teildruck: Die vollständige Arbeit erscheint unter dem Titel „Unabhängigkeit als Politik“ als Band 15 der Schriftenreihe Res publica helvetica im Verlag Paul Haupt Bern und Stuttgart.

ISBN 3-258-03257-2

Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 1983 by Paul Haupt Berne
Printed in Switzerland

VORWORT

Die schweizerische Aussenpolitik ist bekanntlich keine Politik der dramatischen und spektakulären Haupt- und Staatsaktionen, sondern sie besteht ihrem Wesen nach seit jeher und immer mehr im subtilen Umgang mit Interdependenz- und Abhängigkeitsbeziehungen. Es gilt Vorteile, die die internationale Verflechtung dem Lande bietet, auszus schöpfen und davon herrührende mögliche Schäden zu verhüten. Dieser Sachverhalt bildet den Rahmen der vorliegenden Studie.

André Jaeggi bemüht sich um zwei Beiträge zum besseren Verständnis der damit verbundenen Probleme: Er beschreibt erstens die Abhängigkeitssituation und ihre Folgen und erarbeitet zweitens eine empirisch untermauerte Typologie der schweizerischen Antworten auf diese Situation, also eine Typologie der aussenpolitischen Massnahmen. Damit knüpft er an zwei an der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich entstandene Vorstudien von Hans Vogel ("Der Kleinstaat in der Weltpolitik", 1979) und Margret Sieber ("Die Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt", 1981) an; die vorliegende Arbeit versteht sich denn auch als dritte und abschliessende Stufe in einer systematisch geplanten und vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützten Durchleuchtung der schweizerischen Aussenpolitik aus neuer Sicht.

Was die konzeptionelle Bewältigung und die empirische Einlösung der theoretischen Ansprüche betrifft, bildet diese dritte Stufe zweifellos den anspruchvollsten und schwierigsten Schritt in der gesamten Untersuchungsreihe. Zahlreiche und oft weit auseinanderliegende Fragestellungen und Erkenntnisse sind miteinander zu verknüpfen, beispielsweise Erkenntnisse über konkordanzdemokratische Entscheidungsprozesse mit aussenpolitischen Problemstellungen und einfach messbare Konjunkturdaten mit Tatbeständen, die sich nur aufgrund qualitativer Deutung erschliessen lassen. Dies leistet die vorliegende Studie in reichlichem Masse und in sehr anregender Weise, ohne freilich den Anspruch erheben zu wollen, in jedem Fall eine abschlies-

sende Beurteilung anbieten zu können.

Die hier festgehaltenen Erkenntnisse und Einsichten dürften auch der politischen Praxis mit wertvollen Hinweisen dienen. Dies gilt vor allem für Jaeggis Analyse von möglichen und zum Teil schon akut gewordenen Unvereinbarkeiten in der Wahl aussenpolitischer Strategien; es gilt ferner auch für das von ihm diagnostizierte innenpolitische Legitimationsdefizit mancher aussenpolitischer Massnahmen, vor allem wenn diese auf eine vermehrte Oeffnung und auf internationale Zusammenarbeit hin angelegt sind. Es stehen im Bereich der schweizerischen Aussenbeziehungen in den kommenden Jahren Herausforderungen bevor, für deren angemessene Bewältigung Erkenntnisse wie die von André Jaeggi erarbeiteten wertvolle Entscheidungshilfen bieten.

Daniel Frei

DANK

Es ist mir eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle allen zu danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt Professor Daniel Frei. Von ihm stammen nicht nur die ersten entscheidenden Anregungen zu dieser Arbeit, er hat mich auch jahrelang wissenschaftlich betreut und in jeder Hinsicht grosszügig unterstützt. Dank gebührt auch Margret Sieber, die durch ihre zahlreichen Anregungen und die kritische Durchsicht weiter Teile des Manuskripts wesentliches zum Gelingen der Arbeit beitrug. Danken möchte ich auch allen andern, die einzelne Teile des Manuskripts einer kritischen Würdigung unterzogen: den Professoren Ulrich Klöti, Universität Zürich, Leonhard Neidhart, Universität Konstanz, Reimund Seidelmann, Universität Giessen, sowie Hans Vogel, Erwin Rüegg und Kurt Nüssli. Zu Dank verpflichtet bin ich schliesslich Werner Reimann, der mir anlässlich der Lösung einiger EDV-Knoten hilfreich zur Seite stand, und Dorothea Knobel, die für die Abschrift des Manuskripts besorgt war.

Das Projekt wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen eines Teilzeitdoktorandenstipendiums finanziert (Projektnr. 1.949-0.79, Teilprojekt E). Dem Schweizerischen Nationalfonds möchte ich an dieser Stelle für die finanzielle Unterstützung der Forschungsarbeit danken.

Der letzte, jedoch grösste Dank gilt meiner Frau, meinen Eltern und Freunden. Ohne ihre Anteilnahme und Unterstützung wäre diese Arbeit nie zustande gekommen. Dafür möchte ich ihnen herzlich danken.

Widen, im April 1982

André Jaeggi

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	13
1. Teil: Die schweizerische Abhängigkeitssituation und ihre Folgen: Akteur- und Interessenpluralität in der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	19
2. Die Abhängigkeitsstrukturen der Schweiz: Ein Problem- aufriß	20
2.1. Abhängigkeitsbeziehungen und die Folgen: Ein ge- raffter theoretischer Ueberblick	20
Kleinstaatentheorien: Das Problem der Nicht- selbstversorgung	20
Abhängigkeit: Einschränkung der Entscheidungs- freiheit	22
Zusammenstellung der Abhängigkeitsprobleme	24
2.2. Die Schweiz: Ein abhängiger Kleinstaat	27
Physische Kleinheit und strukturelle Knappheit	30
Von der strukturellen Knappheit zur externen Verflechtung: Die Sensitivität der schweizeri- schen Volkswirtschaft	34
Die Vulnerabilität der schweizerischen Ge- sellschaft	55
Die Wahrscheinlichkeit von Fremdbestimmung	57
Abhängigkeitsbeziehungen als gesamtgesell- schaftliches Problem	60
3. Interdependenz und die Führung der Aussenbeziehungen: Eine Vielzahl von Akteuren	67
3.1. Theoretische Prämissen	67
3.2. Die Führung der schweizerischen Aussenbeziehun- gen durch gouvernementale Akteure	71
Die Bedeutung verschiedener Politikbereiche in den schweizerischen Aussenbeziehungen	73
Die Vielzahl gouvernementaler und in gouverne- mentalem Auftrag handelnder Akteure	76
3.3. Konkordanz in den schweizerischen Aussenbeziehun- gen: Die Entscheidungsphase	79
Einige Grundgedanken der Konkordanz	79
Wichtige Entscheidungen in den 1970er Jahren: Die Rolle der Aussenbeziehungen	82
Interessenvertretung in den Aussenbeziehungen	84
Ausserparlamentarische Expertenkommissionen und die Aussenbeziehungen	87

Das Vernehmlassungsverfahren in den Aussenbeziehungen	92
Das Parlament als Forum für die Interessenvertretung im Bereich der Aussenbeziehungen	98
3.4. Konkordanz in den schweizerischen Aussenbeziehungen: Die Implementationsphase	104
4. Die Wahrnehmung der schweizerischen Abhängigkeits-situation	115
4.1. Die offizielle Lesart: Abhängigkeitsperzeptionen gouvernementaler Akteure	115
4.2. Abhängigkeitsperzeptionen der schweizerischen Oeffentlichkeit	123
2. Teil: Die Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik als Antwort auf die Abhängigkeitssituation	133
5. Massnahmen im Rahmen der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	134
5.1. Das Konzept des aussenorientierten Handelns	135
5.2. Strategien im Umgang mit Abhängigkeitsbeziehungen: Eine theoretische Typologie	139
5.3. Inhaltliche Schwerpunkte der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	146
Der finanzielle Aspekt der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	147
Veröffentlichte unabhängigkeitpolitische Massnahmen, 1975 - 1980	163
5.4. Die Herkunft der getroffenen Massnahmen	172
6. Die Legitimierung der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	178
6.1. Das Parlament als Vermittler der Oeffentlichkeit	181
6.2. Problemlösung und Legitimationsbeschaffung durch die eidgenössischen Räte in der Unabhängigkeitspolitik, 1975 - 1980	185
Unabhängigkeitspolitische Entscheidungen der eidgenössischen Räte	185
Legitimation durch Information: Die Berichte des Bundesrats	191
7. Unabhängigkeitspolitische Vorstösse der eidgenössischen Räte, 1975 - 1980	197
7.1. Aussenpolitische Präferenzen der Gesamtgesellschaft	197

7.2. Parlamentarische Interventionen zur Gestaltung der schweizerischen Aussenbeziehungen	197
Themen parlamentarischer Interventionen	206
Die parteipolitische Varianz der parlamentarischen Interventionen	215
8. Schweizerische Unabhängigkeitspolitik und Entscheidungsstrukturen: Ausblick	223
Schwerpunkte und Widersprüche der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	223
Interessenvertretung und Entscheidungskompetenzen in der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	227
Erfolge der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik	229
9. Zusammenfassung	232
Anmerkungen zu Kapitel 1	239
Anmerkungen zu Kapitel 2	241
Anmerkungen zu Kapitel 3	247
Anmerkungen zu Kapitel 4	251
Anmerkungen zu Kapitel 5	252
Anmerkungen zu Kapitel 6	254
Anmerkungen zu Kapitel 7	255
Anmerkungen zu Kapitel 8	256
Bibliographie	257
Literatur	257
Quellen	288

Abkürzungen

AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
BAWI	Bundesamt für Aussenwirtschaft (vormals Handelsabteilung)
BB1	Bundesblatt
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BKEA	Beratende Kommission für Exportförderung und Ausstellungen
BSP	Bruttosozialprodukt
BUTYRA	Schweizerische Zentralstelle für Buttersversorgung
CARBURA	Schweizerische Zentralstelle für die Einfuhr flüssiger Treib- und Brennstoffe
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei
EDA	Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten (vormals EPD)
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement (vormals EFZD)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement (heute EFD)
EG	Europäische Gemeinschaft
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement (heute EDA)
ERG	Exportrisikogarantie
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVP	Evangelische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization (Organisation der UNO für Ernährung und Landwirtschaft)
FdP	Freisinnig-demokratische Partei
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Abkommen über die Zolltarife und den Handel)
GGF	Genossenschaft für Getreide und Futtermittel
IDA	International Development Association (Internationale Entwicklungsorganisation)
ILO	International Labour Organization (Internationales Arbeitsamt)
IRG	Investitionsrisikogarantie
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LdU	Landesring der Unabhängigen
Lib	Libérale Partei (auch Liberal-demokratische Union)

NA	Nationale Aktion
NSP	Nettosozialprodukt
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OECE	Organisation européenne de coopération économique (OEEC, Organisation für europäische Wirtschaftszu- sammenarbeit)
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PSA	Parti socialiste autonome/Partito socialista autonomo
PTT	Post-, Telefon- und Telegrafiebetriebe
Rep	Republikanische Bewegung
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SNB	Schweizerische Nationalbank
SP(S)	Sozialdemokratische Partei (der Schweiz)
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZH	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
Vorort	Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein
wf	Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft

1. Einleitung

Schlagworte wie "Abhängigkeit", "Interdependenz", "Fremdbestimmung" sind in der Schweiz an der Tagesordnung. In der grossen Meinungspresse oder im kleinen Lokalblatt, am Biertisch oder im Parlament, überall hat die schweizerische Oeffentlichkeit zur Kenntnis genommen, dass die Schweiz keine Insel ist; und zwar nicht erst seit Beginn der emotionsgeladenen Streitereien um die Einführung der Sommerzeit, die im Mai 1978 in einem Referendum knapp verworfen, 1981 dann doch eingeführt wurde und gegen die jetzt eine im Bundesrat vertretene Partei sogar eine Volksinitiative plant. Ein Bewusstsein für Abhängigkeitsphänomene entstand in der Schweiz schon vor der "Zeitinseldiskussion": Spätestens der erste "Oelschock" im Herbst 1973, die wiederholten Währungsunruhen mit dem die Exportindustrie, je nach Anpassungsfähigkeit mehr oder minder hart treffenden Aufwertungsdruck auf den Schweizerfranken in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, und mehr noch der massive Verlust von Arbeitsplätzen in den Jahren 1975/76 und die Auswirkungen der amerikanischen Hochzinspolitik auf die einheimische Zinsstruktur seit 1980 machten bewusst, dass ein Kleinstaat eben Abhängigkeitsbeziehungen kennt. Bewusst geworden ist auch, dass die allfällige Kumulation negativer Versorgungs- und/oder Absatzfaktoren die Schweiz, wie jeden andern hochentwickelten Kleinstaat auch, gewissermassen über Nacht in ihrer Existenz bedrohen kann. In solchen Situationen wird beängstigend klar, dass der Verfassungsauftrag an "den Bund", die Unabhängigkeit zu wahren, ungleich schwieriger zu erfüllen ist als während Schönwetterperioden.

Damit ist etwas an sich Banales bereits angetönt: Abhängigkeitsbeziehungen mögen Tatsache sein oder nicht, gemäss Verfassungsauftrag muss der Staat ihnen etwas entgegensetzen, nämlich eine (Un-) Abhängigkeitspolitik. Es ist deshalb letztlich nebensächlich, ob vom "Grad der Abhängigkeit"¹ oder von "relativer Unabhängigkeit"² gesprochen wird. Wesentlich ist nur, dass mögliche Folgen von Abhängigkeitsbeziehungen nicht tatenlos hingenommen werden (müssen). Der aussenpolitische Verfassungsauftrag ist demnach wohl eher Aufforderung, die - wie auch immer empfundene und definierte - Abhängig-

keit in tragbaren Grenzen zu halten und ihre möglichen - reellen und/oder antizipierten - Folgen zu minimieren. Damit ist angedeutet, dass der aussenpolitische Auftrag der schweizerischen Exekutive nur ein Teil einer globalen Unabhängigkeitspolitik sein kann, die als übergeordnete Führungsaufgabe³ zu verstehen und zu gestalten ist und entsprechend auch innenpolitische Komponenten umfasst. Die theoretische und empirische Erarbeitung der tatsächlichen Dimensionen und des Ausmasses der schweizerischen Abhängigkeit⁴ und die Ergründung von Strategien im Umgang mit Abhängigkeit⁵ sind somit wohl *conditio sine qua non* für die Beschäftigung mit Abhängigkeitsphänomenen; damit wird aber der "letzte" Teil der verschiedenen Abhängigkeitstheorien gewissermassen ausgeklammert, nämlich die Entscheidungsprozesse und -strukturen, die der Unabhängigkeitspolitik zugrunde liegen, denn: "In an interdependent world the forms of managing interdependence differ, but not the fact of interdependence itself."⁶ Diese lapidare Feststellung von Dahl und Tufte aus dem Jahr 1973 deckt sich weitgehend mit einer essayistischen Folgerung von Gilpin (1971), wonach die Diskrepanz zwischen dem Phänomen Abhängigkeit einerseits und den Bemühungen von Staaten, dieses Phänomen in den Griff zu bekommen andererseits daher rührt, dass beides auf zwei verschiedenen Ebenen stattfindet: Einerseits schaffen mächtige wirtschaftliche und technologische Kräfte eine hochgradig integrierte transnationale Wirtschaftsstruktur, die die herkömmliche Bedeutung von Staatsgrenzen verwischt. Auf der andern Seite bleibt der Einzelstaat jedoch die Basiseinheit politischer Entscheidungen, und vor allem bleibt sein sozialpsychologisches Korrelat, die Nation⁷, affektive und Loyalitätbindende Einheit.

Es erscheint deshalb verlockend, die einzelstaatlichen Entscheidungen im Umgang mit verschiedenen Abhängigkeitsdimensionen und -intensitäten analysieren zu versuchen. Erstaunen mag höchstens, dass dieser Gedanke erst seit etwa 1978 auch empirisch verfolgt wird⁸. Dies mag vielleicht daher rühren, dass Unabhängigkeitspolitik definitionsgemäss hart an der Grenze zum "Staatssicherheitsbereich" liegt, die Entscheidungsstrukturen da also noch undurchsichtiger sind als in andern Politikbereichen. Zudem ist die traditionelle wissenschaftliche Aufsplitterung in die Teilbereiche Internationale Bezie-

hungen und Innenpolitik Arbeiten, die beides miteinander zu verbinden suchen, nicht eben förderlich.

Die Undurchsichtigkeit von Entscheidungsstrukturen⁹ hat in der vorliegenden Arbeit das Vorgehen weitgehend bestimmt: Entscheidungsstrukturen werden über einen kleinen Umweg zu erkennen versucht. Die schweizerische politische Kultur ist bekanntlich durch zwei Primärmerkmale charakterisiert, die direkte Demokratie und das Konkordanzsystem. Beide Prinzipien haben zur Folge, dass Entscheidungen wohl nicht offener als in vergleichbaren Staaten getroffen werden, die an der Entscheidung und am Vollzug beteiligten Akteure jedoch mehrheitlich erkennbar sind. Auch wenn deren tatsächlicher Einfluss innerhalb eines Gremiums nur erahnt werden kann, so lässt doch die Kenntnis des Teilnehmerzirkels Rückschlüsse auf die gesamtgesellschaftliche Prioritätensetzung zu¹⁰.

Mit der Hervorhebung von Entscheidungsprozessen, das heisst von Interessenartikulation und -vertretung, sowie von Kompetenzordnungen betreffend den Vollzug aussenorientierter Massnahmen, wird natürlich auch ein politisch heikles Thema angegangen, geht es doch letztlich darum, festzustellen wer welche Dimensionen von Abhängigkeit wahrnimmt (wahrnehmen will) und was dagegen vorgeschlagen beziehungsweise in die Wege geleitet wird. Dabei soll es keinesfalls um eine Bewertung der Tätigkeit von bestimmten politischen Akteuren gehen, sondern primär um eine Bestandesaufnahme der Folgen von Abhängigkeitsbeziehungen in einem bestimmten Entscheidfindungs- und -durchsetzungsbereich.

Im ersten Teil wird also eine Charakterisierung der Entwicklung der Abhängigkeitssituation der Schweiz sowie deren Rückwirkungen auf die innere Situation des Landes im Mittelpunkt stehen. Ziel ist dabei die Darstellung des Hintergrundes und des politischen und sozio-ökonomischen Umfelds, in dem Unabhängigkeitspolitik stattzufinden hat. Konkret geht es also um Abhängigkeitsprozesse und deren Rückwirkungen auf die Kontrolle eben dieser Prozesse durch die traditionell mit der Führung der Aussenbeziehungen betrauten Aemter. - Hinzu kommt selbstverständlich eine kurze Analyse der Entwicklung der in der Formulierung der Aussenbeziehungen spielenden Formen der Konkor-

danz und der direkten Demokratie. Dieser erste Teil soll also die Voraussetzungen der Unabhängigkeitspolitik der Schweiz darstellen.

Der zweite Teil ist sodann den eigentlichen politischen Massnahmen der schweizerischen politischen Akteure im Umgang mit Abhängigkeit gewidmet. Nach einer kurzen, primär deskriptiven Schilderung der jüngsten Entwicklung der schweizerischen Unabhängigkeitspolitik liegt der Schwerpunkt auf der Erfassung der Interessenvermittlung in diesem Politikbereich. Dabei gilt es jetzt schon zu betonen, dass die Interessenwahrnehmung durch einen Akteur in erster Linie natürlich von seinen eigenen Abhängigkeits- beziehungsweise Bedrohungs-perzeptionen abhängt. Dass die Ursache einer solchen Perzeption sowohl inner- wie auch ausserhalb des schweizerischen politischen und/oder sozio-ökonomischen Umfelds liegen kann, versteht sich von selbst. Die eigentlichen Zielsetzungen und Präferenzen eines (mit-) entscheidenden Akteurs spielen deshalb vermutlich eine genauso starke verhaltensbestimmende Rolle wie seine Perzeptionen. - Allerdings können beide Faktoren wohl nur mittels Explorativinterviews der direkt Beteiligten abschliessend erfasst werden. Dass dieser Weg (leider) nicht begangen werden kann, muss nach den bisherigen Forschungserfahrungen mit derartigen Methoden in der Schweiz¹¹ kaum mehr erläutert werden. Deshalb wird in dieser Arbeit auf Interaktionsdaten im schweizerischen Parlament und auf publikgemachte Massnahmen, die die Aussenbeziehungen betreffen, zurückgegriffen werden. Dies hat natürlich zur Folge, dass eine nicht quantifizierbare Dunkelziffer von Interessenvermittlungen über informelle Kanäle verborgen bleibt¹². Zudem musste für diesen Teil der Arbeit auch der Analysezeitraum eingeschränkt werden, und zwar auf die sechs Jahre 1975 - 1980. Natürlich erfolgte diese Beschränkung in erster Linie aus Gründen des Arbeitsaufwands, der in vernünftigen Rahmen bleiben musste. Doch auch theoretische Gründe sprechen für diese Eingrenzung: Einerseits ist da die bereits erwähnte erste Oelkrise, die - nach der Schocktherapie der verkehrsfreien Sonntage, die wahrscheinlich mehr Happeningcharakter denn Sparwirkung hatte - auf der politischen Ebene nach Lösungen verlangte. Wesentlicher ist jedoch ein anderes, konjunkturelles Merkmal. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, dass die Aussenwirtschaftspolitik seit 1945 eine Schlüsselposition

in der schweizerischen Konjunkturpolitik gewann. Und in diesem Bereich folgte in den Jahren nach der Preisexplosion im Oelsektor nach dem Herbst 1973 und der weltweiten Rezessionsphase 1974/76 ein eigentlicher Umbruch: Grob kann gesagt werden, dass in der Schweiz 1975 eine Phase der Konjunkturförderung eine Phase der Konjunkturdämpfung (1968 - 1974) ablöste, deren Hauptziel die Sicherung/Erweiterung des schweizerischen Auslandabsatzes war. Die Beschränkung auf die Zeit ab 1975 bietet also den zusätzlichen Vorteil, eine allfällige intervenierende Variable a priori auszuschalten.

Mit dieser Arbeit wird also das Ziel verfolgt, das Wissen über einen bestimmten Bereich der schweizerischen Politik zu vermehren¹³. In seinem vielgeschmähten Buch über die Schweiz schreibt Jean Ziegler¹⁴: "La Suisse est le pays du secret." Journalisten beklagen immer wieder die "Nichtöffentlichkeit" der schweizerischen Aussenbeziehungen und besonders der Aussenwirtschaftspolitik¹⁵, was die Bewusstwerdung des Stimmbürgers, zum Beispiel im Hinblick auf einen UNO- oder IWF-Beitritt, wenn nicht verunmögliche, so doch erheblich erschwere. Wenn ein kleiner Teil dieses "Geheimnisses" gelüftet werden kann, ist ein Ziel dieser Arbeit bereits erreicht.

Lebenslauf

Ich wurde am 4. Februar 1954 als Sohn der Jacqueline und des Robert Jaeggi in Zürich geboren. Ich bin französischer Muttersprache, Bürger von Bern und in Zürich und Herrliberg/ZH aufgewachsen, wo ich die Primar- und die Sekundarschule besuchte. An der Kantonsschule Freudenberg Zürich besuchte ich das Wirtschaftsgymnasium und schloss es im Herbst 1973 mit der Matura Typus E ab. Nach einem Bankpraktikum studierte ich von Frühjahr 1974 bis Herbst 1978 an der Universität Zürich Allgemeine Geschichte, Politische Wissenschaft und Französische Literatur und schloss im November 1978 mit dem Lizentiat ab. Im Sommer 1978 weilte ich an der University of Essex in Colchester, wo ich einen EDV-Kurs für Sozialwissenschaftler besuchte.

Schon während meiner Studienzeit war ich von Juli 1977 bis Juni 1978 Teilzeitassistent an der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich. Von Januar 1979 bis Juni 1982, war ich halbtagsweise als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der ETH Zürich tätig. Von August 1979 bis März 1982 erhielt ich ausserdem ein halbes Doktorandenstipendium des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Seit Juni 1982 bin ich Wirtschaftsredaktor beim Winterthurer "Landboten". Seit dem September 1980 bin ich glücklich verheiratet.

